

Jahreschronik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot**

Band (Jahr): **290 (2017)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jahreschronik

(1. MAI 2015 BIS 30. APRIL 2016)

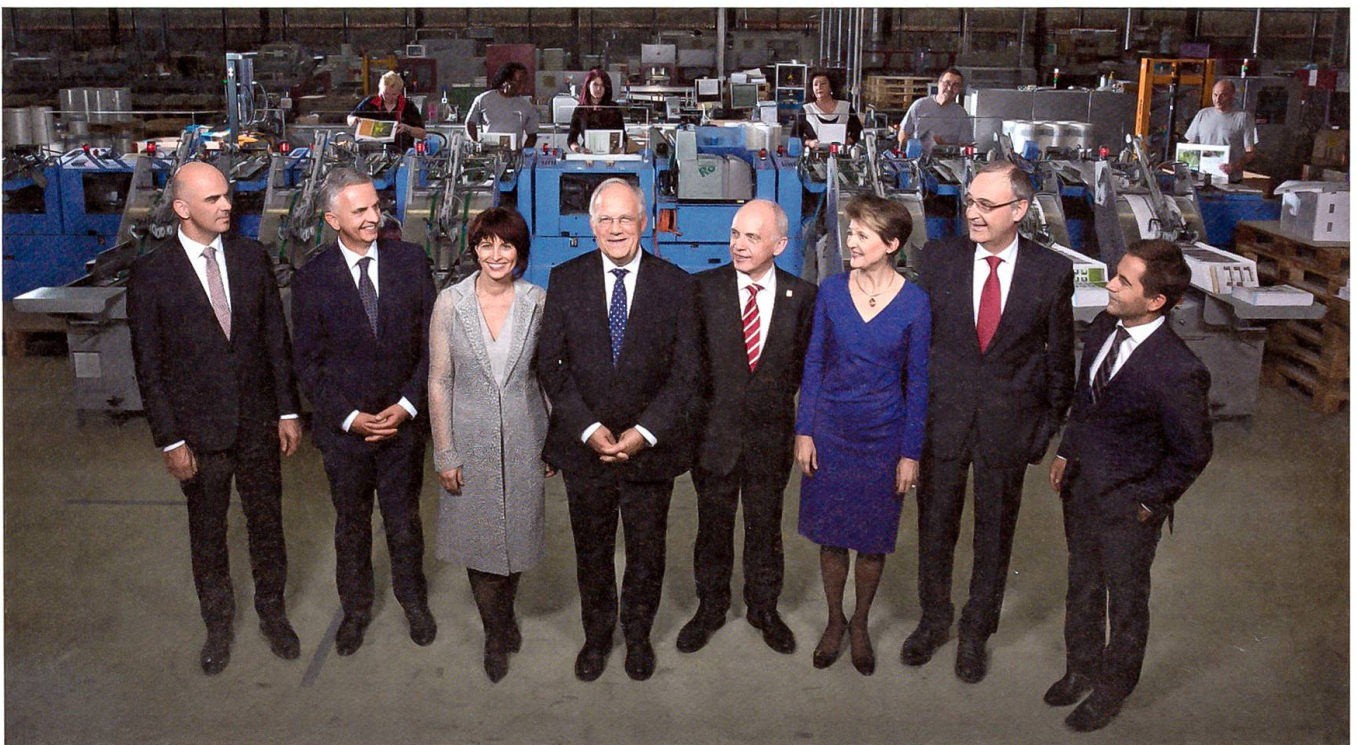
Inland

Schweiz

Innenpolitisch dominiert die SVP die Debatte mit der Umsetzung ihrer Initiative gegen Masseneinwanderung und mit ihrer Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Am 18. Oktober ist die SVP die grosse Siegerin der nationalen Wahlen. Im Nationalrat dominiert neu eine knappe rechtsbürgerliche Mehrheit von SVP und FDP. Am 9. Dezember erobert die SVP einen zweiten Bundesratssitz. Ende April wählen die FDP mit der Schwyzer

Nationalrätin Petra Gössi und die CVP mit dem Zuger Nationalrat Gerhard Pfister rechtsbürgerliche Parteichefs, die mit dem neuen SVP-Präsidenten Albert Rösti in vielen Bereichen einig sind.

6. Mai: Die NZZ enthüllt, dass sich die Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder von einer Lobbyistin der PR-Firma Burson-Marsteller einen Vorstoss zugunsten des diktatorisch regierten Staats Kasachstan vorformulieren liess. Markwalder hat auch aussenpolitische Dokumente über Kasachstan an die PR-Frau weitergegeben. Die Affäre löst eine Debatte



Der Bundesrat versammelt sich samt seinem neuen Mitglied Guy Parmelin (Zweiter v. r.) zu seinem Jahresporträt 2016 in der Produktionshalle der Stämpfli AG.

über Lobbyismus im Bundeshaus aus. Das Ratsbüro und die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats ergreifen aber keine Massnahmen gegen Markwalder.

14. Juni: Das Schweizer Stimmvolk nimmt das revidierte Radio- und Ferngesetz nur hauchdünn an, mit rund 3000 Stimmen Vorsprung. Es sieht neu eine pauschale Gebühr pro Haushalt vor. Der knappe Entscheid löst eine Debatte über die SRG und den Service public aus. Die Initiative für eine nationale Erbschaftsteuer wird deutlich mit 71% Nein-Stimmen abgelehnt. Die Verfassungsänderung für Gentests an künstlich im Glas befruchteten Embryonen wird mit 61,9% Ja angenommen. Die Stipendieninitiative geht mit 72,5% Nein unter. Die Stimmbeteiligung liegt bei 42,8%.

7. Juli: In Genf wird mit 39,7 Grad die höchste Temperatur auf der Alpennordseite seit Messbeginn gemessen. Die Hitze setzt den Pflanzen der Gemüsebauern zu. Präventiv werden wegen Trockenheit und Waldbrandgefahr die 1.-August-Feuerwerke verboten. Der Juli 2015 ist auf der Alpennordseite 4,5 Grad wärmer als im langjährigen Schnitt, auf der Alpensüdseite sogar 5 Grad.

18. Oktober: Rechtsrutsch bei den nationalen Wahlen, Wahlsiegerin ist die SVP, aber auch die FDP. Im Nationalrat legt die SVP um 11 Sitze zu und erreicht mit 29,5% den höchsten nationalen Wähleranteil der Geschichte (2011: 26,6%). Die Nationalratsfraktion der SVP zählt nun 65 Mitglieder. Da auch die FDP um drei Sitze im Nationalrat und um zwei im Ständerat zulegt (neu total 33 Sitze und 16,3% Stimmenanteile), verfügen die beiden bürgerlichen Parteien zusammen mit der Lega aus dem Tessin und einer Genfer Rechtspartei im Nationalrat über eine knappe absolute Mehrheit von 101 der 200 Sitze.

Während die SP (minus 2 Sitze in National- und Ständerat) nur wenig verliert und in den grossen Städten zulegt, müssen die Grünen (minus 5 Sitze) und die Mitteparteien BDP (minus 2) sowie Grünliberale GLP (minus 7)

Die Schweizer Politik rückt nach rechts

Die Schweizerische Volkspartei SVP dominiert die Schweizer Politik mehr denn je. Sie profitiert von der Stimmung in Europa: vom Aufstieg rechtspopulistischer Parteien, von der antiislamischen Skepsis nach den Terrorattacken in Paris und Brüssel sowie von den Vorbehalten gegen die in der Euro- und der Flüchtlingskrise überforderte EU. Die SVP mobilisiert ihre Anhänger mit ihrer Kritik am angeblichen Asylchaos in der Schweiz, obwohl der Flüchtlingsstrom an unserem Land vorbeigeht und die Zunahme der Asylgesuche noch bewältigt werden kann.

herbe Verluste hinnehmen. Wahlanalysen zeigen, dass die SVP bei den Frauen und gebildeteren Wählern zugelegt hat.

Im Ständerat bleiben die Verhältnisse stabil, hier legt die SP gar um einen auf 12 Sitze zu. SVP und FDP verfügen zusammen bloss über 18 von 46 Sitzen. Eine Mehrheit können nur FDP und CVP mit ihren je 13 Sitzen erreichen. Schafft es die neue rechte Mehrheit, geschlossen aufzutreten, könnte sie bisher linksliberal dominierte Themen wie die Asylpolitik, die Energiewende und den Atomausstieg oder die Rentenreform neu ausrichten.

Die Delegation der Berner National- und Ständeräte muss wegen des relativen Bevölkerungsrückganges des Kantons mit einem Sitz weniger, also noch mit 25 Sitzen auskommen. Verlierer sind die Grünen, die einen ihrer drei Sitze abgeben. Auf Kosten der nun neunköpfigen SVP-Abordnung verliert auch die BDP einen ihrer bisher vier Sitze. SP (5), FDP (2), GLP (2) und EVP (1) bleiben bei ihrer bisherigen Sitzzahl. Die bisherigen Berner Ständeräte Werner Luginbühl (BDP) und Hans Stöckli (SP) werden wiedergewählt.

28. Oktober: Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf erklärt nach acht Jahren ihren Rücktritt auf Ende des Jahres 2015. Nach den Verlusten der Mitteparteien kann sie nicht mehr

mit einer sicheren Wiederwahl rechnen. In der Ära der zähen und dossiersicheren Schafferin hat sich der Finanzplatz Schweiz fundamental verändert und sich dem internationalen Druck angepasst.

30. November: Die Burgdorfer FDP-Nationalrätin Christa Markwalder wird trotz der Kasachstan-Affäre mit 159 Stimmen zur neuen Nationalratspräsidentin gewählt.

4. Dezember: Der Bundesrat erklärt ohne vorgängige Zustimmung der EU, wie er die SVP-Initiative gegen die Masseneinwanderung umsetzen will: mit einer Schutzklausel, die Kontingente vorsieht, wenn die Zuwanderung ein bestimmtes Mass übersteigt. Die EU lehnt die Schutzklauseln ab.

9. Dezember: Die SVP erobert nach ihrem Wahlsieg einen zweiten Bundesratsplatz mit einem ihr genehmen Kandidaten: dem 57-jährigen Weinbauern Guy Parmelin aus der Waadt. Die SVP hatte ein föderalistisches Dreierticket zur Wahl vorgeschlagen, dem neben dem Romand Parmelin der junge Deutschschweizer Nationalrat Thomas Aeschi aus Zug und der Tessiner Lega-Regierungsrat Norman Gobbi angehörten. Der Langenthaler FDP-Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann wird anschliessend mit 196 von 246 Stimmen zum Bundespräsidenten des Jahres 2016 gewählt.

WETTBEWERB

Flüchtlinge

Die kriegerischen Auseinandersetzungen nach dem Zerfall Jugoslawiens treiben viele Menschen in die Flucht. Im Laufe des Krieges in Bosnien-Herzegowina (1992–1995) gewährt die Schweiz fast 30 000 Flüchtlingen Schutz, während des Kosovo-Konfliktes (1998/1999) 53 000 Flüchtlingen.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 101

11. Dezember: Der Bundesrat verteilt die Departemente: Ueli Maurer (SVP) übernimmt das frei gewordene Finanzdepartement, Guy Parmelin erbt von Maurer das Verteidigungsdepartement. Alle anderen Bundesrätinnen und -räte behalten ihre bisherigen Departemente.

Der Dezember des Jahres 2015 ist einer der wärmsten seit Messbeginn. Es gibt nicht einmal nachts Frost, auch oberhalb von 2000 Metern über Meer liegt kein Schnee. Skigebiete werden im grossen Stil beschneit.

10. Januar: Toni Brunner erklärt seinen Rücktritt als Parteipräsident der SVP Schweiz. Auch Christoph Blocher als Vizepräsident und Martin Baltisser als Generalsekretär treten zurück. Die Partei will ihre Spitze professionalisieren und verschlanken. Am 30. April wird der im Stil konziliante Berner Nationalrat Albert Rösti einstimmig als neuer SVP-Präsident gewählt.

28. Februar: Herausragendes Resultat des Abstimmungswochenendes bei rekordhoher Stimmbeteiligung von 63,1%: Die Durchsetzungsinitiative der SVP, mit der sie ihrer Ausschaffungsinitiative für kriminelle Ausländer Nachdruck verleihen wollte, wird deutlich mit 58,9% Nein-Stimmen abgelehnt. Eine breite, nicht parteilich organisierte Allianz zivilgesellschaftlicher Gruppen hat im Abstimmungskampf das Blatt gewendet. 57% der Stimmentenden sagen Ja zum Bau einer zweiten Röhre des Gotthard-Strassentunnels. 51,8% lehnen die CVP-Initiative gegen die steuerliche Heiratsstrafe ab, weil die CVP die Ehe ausschliesslich als Gemeinschaft von Mann und Frau definiert hatte. Keine Chance hat die Jusso-Initiative gegen Nahrungsmittelspekulation. Sie scheitert mit 59,9% Nein-Stimmen.

8. März: Die «Basler Zeitung» macht ein internes Papier der PR-Agentur Hirzel, Neef, Schmid im Auftrag des Energiekonzerns Alpiq publik, das die Übernahme der wegen des Strompreiserfalls unrentabel gewordenen Schweizer AKW in einer staatlichen Auffang-

gesellschaft durchsetzen will. Gleichentags präsentiert die Alpiq ein hohes Defizit. Sie will 50% ihrer Wasserkraftanlagen veräussern. Die Bundespolitik begegnet den Stromproduzenten, die in guten Zeiten viel verdienten, skeptisch.

9. März: Der Ständerat sieht von einer Verschärfung der emotional diskutierten Jagd auf den Wolf ab. Nur Tage später werden im Bündnerland und im Wallis zwei Wölfe von anonymen Wilderern erschossen.

12. April: Die neue 50-Franken-Note, im Format kleiner als die bisherige, wird in Umlauf gebracht. Sie ist die erste der neuen Banknotenserie.

Kanton Bern

12. August: Volkswirtschaftsdirektor Andreas Rickenbacher (SP) gibt seinen Rücktritt auf den Sommer 2016 bekannt. Am 8. September macht der umstrittene bernjurassische Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (ebenfalls SP) das Gleiche. Bei den Nachfolgewahlen steht der Fortbestand der rot-grünen Mehrheit in der Kantonsregierung zur Debatte.

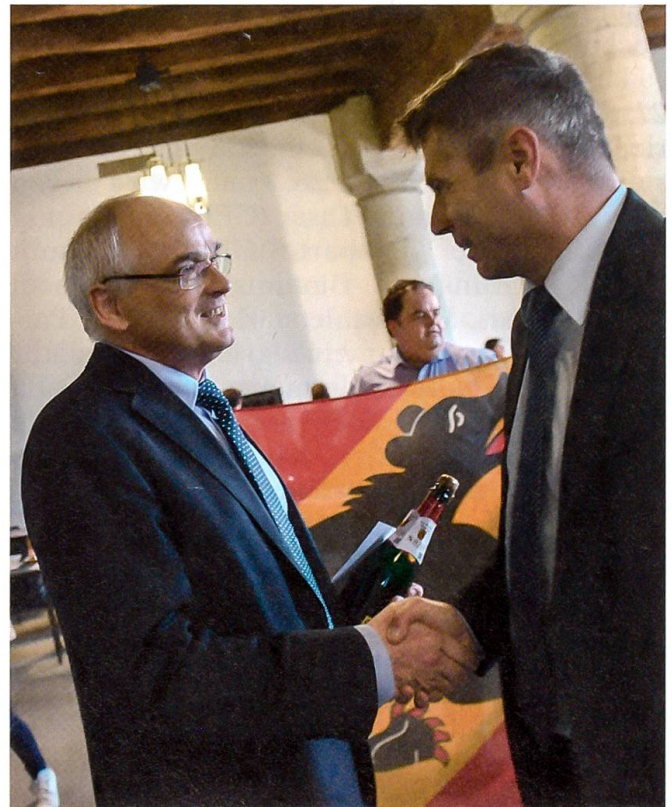
4. Februar: Die Kantone Bern und Wallis präsentieren ein Projekt für einen Schmalspur-Bahntunnel unter der Grimsel von Innertkirchen bis Oberwald VS. Im Tunnel soll auch eine unterirdische Hochspannungsleitung verlaufen.

28. Februar: Überraschung im ersten Wahlgang der Ersatzwahl für den Regierungsrat: Gewählt wird SP-Mann Christoph Ammann, Gymnasiumsrektor aus Meiringen. Dank der Stimmen aus der rot-grünen Stadt Bern sticht er den SVP-Kandidaten Lars Guggisberg aus. Vorerst bleibt die bürgerliche Wende noch aus. Das Berner Stimmvolk lehnt überdies die Hauptvorlage wie auch den Eventualvortrag zu einer Reduktion der Krankenkassenprämienverbilligung ab. Der 140-Millionen-Kredit für das neue Gebäude der Gerichtsmedizin der Universität Bern wird mit 72% Ja-Stimmen angenommen. Tierschützer hatten wegen dort un-

tergebrachter Tierversuchsstätten das Referendum ergriffen.

2. März: Der Energiekonzern BKW legt den 20. Dezember 2019 als Abschalttermin für das Atomkraftwerk Mühleberg fest.

3. April: Im zweiten Wahlgang setzt sich bei den Ersatzwahlen für den Regierungsrat der bürgerliche SVP-Mann Pierre-Alain Schnegg aus dem Berner Jura durch. Nach 10 Jahren rot-grüner Dominanz im Regierungsrat herrscht nun auch dort wieder eine bürgerliche Mehrheit (2 SVP, 1 FDP, 1 BDP gegenüber 2 SP und 1 Grünen). Am 6. April werden die Direktionen verteilt. Die neu gewählten Regierungsräte Christoph Ammann (SP) und Pierre Alain Schnegg übernehmen die freiwerdenden Volkswirtschafts- bzw. Gesundheitsdirektion. Die bisherigen Regierungsmitglieder behalten ihre Direktionen.



Die neuen Berner Regierungsräte: Christoph Ammann SP (r.) und Pierre-Alain Schnegg SVP (l.) (Foto Andreas Blatter)

Stadt Bern

2. August: Erst sieht es wegen der Trockenheit und Waldbrandgefahr nach einem Feuerwerksverbot aus. Dann macht Regen das Gurten-Feuerwerk doch noch möglich; er ist aber so stark, dass es erst am 2. August gezündet wird.

14. August: Die SP-Gemeinderätin Ursula Wyss (SP) meldet ihre Ambition auf das Berner Stadtpräsidium an. Bei den Wahlen 2016 tritt der Amtsinhaber Alexander Tschäppät nicht mehr an.

28. September: Die Bären kehren aus ihrem Ferienexil im Jura in den erneuerten Bärenpark zurück, wo nun ein Lift für Behinderte am steilen Abhang verkehrt.

15. November: Die Stadtberner Bevölkerung lehnt an der Urne die SVP-Initiative «Waldstadt – Nein danke!» mit 66% Nein-Stimmen ab. Das umstrittene Überbauungsprojekt in einem Streifen des Bremgartenwalds wird also noch nicht vorzeitig vom Tisch gefegt.

21. Januar: Alt Nationalrat Alec von Graffenried erklärt, dass er Gemeinderat und Stadtpräsident werden will. Am 26. Januar wird er von seiner Grünen Freien Liste (GFL) einstimmig nominiert. Die Kleinpartei GFL setzt damit das Rot-Grün-Mitte-Bündnis RGM einem Stresstest aus. Die wählerstärkste Berner Partei, die SP, will nur eine grüne Kandidatur gegen ihre Stadtpräsidiumskandidatin Ursula Wyss tolerieren. Jedoch nominiert auch die grössere grüne Partei, das Grüne Bündnis (GB), ihre amtierende Gemeinderätin Franziska Teuscher für das Stadtpräsidium. Die RGM-Parteien verkünden Ende April schon das Zerbrechen ihres Bündnisses, raufen sich dann aber noch einmal zusammen, weil die SP schliesslich zwei grüne Kandidaten fürs Stadtpräsidium zulässt.

5. März: Der nächtliche Zusammenstoss junger Militanter mit der Polizei vor der Reitschule führt zur gewohnten Schuldzuweisungs- und Ratlosigkeitdebatte. Der Gemeinderat der

Stadt stoppt temporär die Subventionen für die Reitschule. SVP-Politiker Erich Hess vermeldet derweil das Zustandekommen seiner kantonalen Anti-Reitschul-Initiative, die die Stadt Bern mit der Reduktion von Abgeltungszahlungen für ihre lasche Haltung zur Reitschule bestrafen will.

18. März: Mit FDP-Gemeinderat Alexander Schmidt meldet sich ein vierter Kandidat für das Stadtpräsidium. Er muss um seinen Gemeinderatssitz bangen, weil seine FDP ohne den Allianzpartner SVP antritt.

19. März: Mit einem Fest eröffnet Konzert Theater Bern einen provisorischen Kubus auf dem Waisenhausplatz, in dem während der Sanierung des Stadttheaters gespielt wird.



Kubus auf dem Waisenhausplatz, wo während der Sanierung des Stadttheaters gespielt wird (Foto Andreas Blatter)

International

13. Dezember: Am UNO-Klimagipfel in Paris wird das erste globale Klimaabkommen unterzeichnet. Nach zweiwöchigen Verhandlungen stimmen 195 Länderdelegationen einem Kompromiss zu: Die Temperaturerwärmung soll bis 2100 auf 1,5 Grad beschränkt werden. Die Industriestaaten stellen ab 2020 für die Energiewende der Entwicklungsländer 100 Milliarden Dollar zur Verfügung. Zeithorizont und Kontrolle des Abkommens sind eher unverbindlich.

4. April: Ein internationales Konsortium investigativer Journalisten publiziert in Medien rund um die Welt die sogenannten Panama Papers, die der «Süddeutschen Zeitung» zugespielt wurden: Es sind Dokumente von über 215 000 Briefkastenfirmen, die eine Anwaltskanzlei in Panama dirigiert. Die Enthüllungen bringen Spitzenpolitiker, Sportstars, Sportfunktionäre und Firmen in Erklärungsnotstand, weil sie ihre Vermögen auf Konten von Offshorefirmen vor dem Fiskus tarnen.

Europa

Deutschland

22. September: Der Volkswagen-Konzern räumt nach Enthüllungen der US-Umweltbehörde EPA ein, dass in 11 Millionen seiner Dieselfahrzeuge die Software zur Abgaskontrolle manipuliert worden ist. Es ist der Beginn eines Erdbebens, das Konzernchef Martin Winterkorn wegfeigt und die deutsche Autoindustrie erschüttert.

13. März: Die rechtspopulistische «Alternative für Deutschland» (AfD) kann sich bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz mit bis zu 20% Stimmenanteil als neue Rechtspartei in den Landesparlamenten etablieren. Angela Merkels CDU und insbesondere die SPD erleiden massive Verluste und können in den drei Bundesländern keine grosse Koalition mehr bilden.

Frankreich

13. November: Verheerende Anschläge von neun IS-Terroristen in Paris fordern 129 Tote und 352 Verletzte. Die Angreifer schlagen fast zeitgleich vor dem Stade de France zu, wo gerade das Fussballländerspiel Frankreich-Deutschland läuft, im Konzertlokal Bataclan, wo 1500 Menschen an einem Konzert sind, sowie vor vier in der Stadt verteilten Restaurants. Der IS bekennt sich zu den Anschlägen gegen Paris, die «Hauptstadt des Lasters». Spuren der Täter führen nach Belgien. Erst fünf

Tage später wird einer der Drahtzieher im Pariser Vorort St-Denis aufgespürt und getötet. Frankreichs Präsident François Hollande verhängt den Ausnahmezustand und spricht martialisch von einem Krieg.

6. Dezember: Bei den Regionalwahlen schneidet der rechtspopulistische Front National im ersten Wahlgang vor den Republikanern von Ex-Präsident Nicolas Sarkozy am besten ab. Präsident Hollandes Sozialisten erleiden eine Niederlage. Der FN profitiert von der Stim-

Rekordtiefer Erdölpreis bremst Weltwirtschaft aus

Seit 2008 ist der Erdölpreis auf ungebremster Talfahrt: vom Allzeitrekord von fast 150 Dollar für ein Barrel Rohöl (159 Liter) auf mickrige 30 Dollar im Januar 2016. Neue Fördermethoden wie der Schieferölboom in den USA haben die Prognosen über die Erschöpfung der Ölreserven korrigiert. Die Ölschwemme löst wirtschaftspolitische Schockwellen aus. Das Erdölkartell Opec mit den verfeindeten Ölgiganten Saudi-Arabien und Iran ist zerstritten. Ölstaaten wie Venezuela rutschen in eine tiefe Wirtschaftskrise. Weil parallel zum Erdöl auch Kohle und Gas billig sind, trifft der Preiszerfall rohstoffreiche Schwellenländer, vorab Russland, das zusätzlich unter den Sanktionen des Westens im Gefolge der Ukraine-Krise leidet.

In westlichen Industriestaaten brechen zudem die Strompreise ein, was in der ohnehin vom starken Franken belasteten Schweiz die Wasser- und Atomkraftwerke unrentabel macht. Der Zerfall der Rohstoffpreise ist zugleich Auslöser und Ausdruck einer globalen Rezession und eines Nachfragerückgangs, der insbesondere das Wachstum des globalen Wirtschaftsmotors China bremst. Wenigstens den Konsumenten armer Länder kommt der tiefe Ölpreis entgegen.

Europa im Bann des Flüchtlingsstroms

Es ist eine Wanderungsbewegung von historischen Ausmassen: 1,3 Millionen Menschen aus den verheerten Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens verlangen im Jahr 2015 Asyl im verheissungsvollen Europa. Die reale Zahl der Flüchtlinge ist noch deutlich höher – und sie bringt die Europäische Union an ihre Leistungsgrenzen. Als neuer Weg nach Europa etabliert sich die Balkanroute: von der Türkei mit Schlauchbooten auf griechische Inseln, dann auf dem Landweg via Mazedonien, Serbien, Kroatien oder Ungarn nach Westeuropa. Kriminelle Schlepper profitieren von den Flüchtlingen, Tausende freiwilliger Helfer betreuen sie. Die nationalen Grenzdienste sind dem Ansturm bald nicht mehr gewachsen.

Am 27. August entdeckt die Polizei im österreichischen Burgenland in einem Kühl-lastwagen 71 erstickte Flüchtlinge, am 3. Sep-

tember geht das Bild eines ertrunkenen dreijährigen Flüchtlingskinds aus Syrien um die Welt. Die Vorfälle bewirken eine emotionale Wende in Europa. Deutschland öffnet Anfang September seine Grenze und nimmt bis Ende 2015 in einem beeindruckenden Kraftakt über 800 000 Flüchtlinge auf, Kanzlerin Angela Merkel dekretiert: «Wir schaffen das!»

Die Übergriffe ausländischer junger Männer auf Frauen in der Silvesternacht in Köln lassen die Stimmung kippen. Rechtspopulistische Parteien erhalten in ganz Europa Auftrieb, Angela Merkel gerät mit ihrer flüchtlingsfreundlichen Politik innen- und aussenpolitisch unter Druck. Die osteuropäischen EU-Staaten widersetzen sich, angeführt von Ungarn, einer Verteilung der Flüchtlinge und sperren ihre Grenzen. Am 18. März einigen sich die EU und die Türkei auf einen Vertrag: Aufgrund finanzieller Zusagen der EU hält die Türkei die Flüchtenden vorerst auf.

mung nach den Terroranschlägen im November. Im zweiten Wahlgang am 13. Dezember geht der FN leer aus, weil sich die Sozialisten in einigen Departementen zugunsten der bürgerlich-republikanischen Kandidaten zurückgezogen haben. Präsident Hollandes Popularitätswerte sind im Rekordtief, im April gibt es landesweite Proteste gegen seine Sparpolitik.

Grossbritannien

8. Mai: Die konservative Partei des amtierenden Premierministers David Cameron gewinnt bei den britischen Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Die Labour Party erleidet eine historische Niederlage. Cameron muss nun die versprochene Abstimmung über Grossbritanniens Verbleib in der EU ansetzen.

Irland

25. Mai: 62% der Stimmbürger auf der erzkatholischen Insel heissen ein Referendum zur Einführung der Homosexuellen-Ehe gut.

Belgien

22. März: Anschläge von IS-Terroristen am Flughafen von Brüssel sowie bei einer Brüsseler U-Bahn-Station in der Nähe des EU-Hauptquartiers fordern 31 Tote und 300 Verletzte. Nur wenige Tage vorher hatten die belgischen Behörden Salah Abdeslam, einen flüchtigen Paris-Attentäter von November, im islamisch geprägten Brüsseler Stadtteil Molenbeek gefasst.

Italien

1. Mai: In Mailand wird die Weltausstellung (Expo) zum Thema Ernährung von Ministerpräsident Matteo Renzi eröffnet. Der Schweizer Pavillon hat vier siloartige Türme, die mit Nahrungsmitteln gefüllt sind. Er soll die Endlichkeit von Ressourcen aufzeigen.

13. Oktober: Grösse und Kompetenzen des Senats, der zweiten Parlamentskammer in Rom, werden drastisch beschnitten. Für das von Mi-



Bilder wie dieses machten zeitweise täglich auf das Flüchtlingselend aufmerksam. (Foto Keystone)

nisterpräsident Matteo Renzi vorangetriebene Reformpaket gegen die trägen Politinstitutionen Italiens stimmen 179 Senatoren bei 16 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen. Zahlreiche Senatoren der Opposition verlassen vor der Abstimmung den Saal.

Spanien

27. September: Wahlsieg der Separatisten bei den katalanischen Regionalwahlen. Sie erringen die absolute Mehrheit. Der spanische Zentralstaat reagiert mit richterlichen Verboten und Drohungen. Spaniens Einheit ist infrage gestellt.

20. Dezember: Die linke Protestpartei Podemos wird bei den nationalen Wahlen im krisengeschüttelten Land drittstärkste Kraft und stellt Spaniens Zweiparteiensystem von Konservativen und Sozialisten infrage. Obwohl Sozialisten und Podemos eine Mehrheit hätten, können sie sich nicht auf eine Regierungsbildung

einigen. Im April werden Neuwahlen angesetzt.

Griechenland

Anfang Juni beginnen quälende Verhandlungen Griechenlands mit der Troika bestehend aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem

WETTBEWERB

Flüchtlinge

Im Zweiten Weltkrieg internierte die Schweiz 1940 29 000 französische und 12 000 polnische Armeeangehörige, die an der Grenze des Berner Juras in die Enge getrieben worden waren. Die Franzosen kehrten im Januar 1941 in ihre Heimat zurück, während die Polen bis 1945 in den Lagern verblieben.

Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 101

Währungsfonds (IWF). Die Regierung von Alexis Tsipras macht in ihren Reform- und Sparvorschlägen nur minimale Zugeständnisse, die von der EU als ungenügend taxiert werden. Es geht um eine Schuldentilgung von 1,6 Milliarden Euro an den IWF und die Freigabe von insgesamt 7,2 Milliarden Euro aus einem zweiten Hilfspaket, das am 30. Juni ausläuft.

29. Juni: Griechenland führt Kapitalverkehrskontrollen ein, die Banken bleiben geschlossen, die Griechen können am Bankomaten nur noch 60 Euro pro Tag abheben. Alexis Tsipras' Regierung hat sich einer Einigung mit der EU im letzten Moment widersetzt und setzt trotz heftigem Einspruch aus der EU für den 5. Juli gar ein Referendum über das Sparprogramm an.

5. Juli: Über 60% der Griechen sagen beim Referendum Nein zum EU-Sparprogramm und stärken Ministerpräsident Alexis Tsipras den Rücken. Es herrscht Ratlosigkeit darüber, was das Nein nun bedeutet. Offenbar doch nicht den Grexit, den Ausstieg des Landes aus der Euro-Zone. Am 9. Juli beantragt Griechenland ein neues EU-Hilfsprogramm und erfüllt nun offenbar die von der EU geforderten Zugeständnisse. Das Nein des Referendums ist deshalb bald Makulatur. Die EU-Zentralbank gibt nun Nothilfe von 900 Millionen Euro. Griechenlands Banken sind vorerst gerettet, sein Schuldenberg von 300 Milliarden wächst weiter.

21. August: Alexis Tsipras erklärt seinen Rücktritt, will aber bei baldigen Neuwahlen wieder antreten. Das bedeutet auch die Spaltung seiner Syriza-Partei, deren linker Flügel Tsipras' Kompromisse mit der EU nicht mehr mitträgt.

20. September: Alexis Tsipras' Poker geht auf, er kann weiter regieren: Seine Syriza-Partei gewinnt überraschend klar mit rund 36% der Stimmen die Wahlen. Die absolute Mehrheit verpasst sie knapp. Die griechische Krise gärt weiter.

Polen

25. Oktober: Die rechtsnationale Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gewinnt bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Ministerpräsidentin wird Beata Szydlo. Starker Mann im Hintergrund ist der Parteichef und Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynsky. Die neuen

Wladimir Putin mischt im Mittleren Osten mit

Die schreckliche Lage im Bürgerkriegsland Syrien und im zerfallenden Vielvölkerstaat Irak treibt Tausende in die Flucht Richtung Westeuropa. Die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) kann ihr Territorium vorerst trotz US-Luftangriffen ausweiten. Am 19. Mai erobert der IS die irakische Stadt Ramadi, am 20. Mai marschiert er in der antiken Ruinenstadt Palmyra in der syrischen Wüste ein und zerstört dort legendäre Bauwerke.

Erst im Sommer zeichnet sich eine Trendwende ab. Nach IS-Anschlägen auf türkische Städte erklärt die Türkei am 20. Juli einen Strategiewechsel: Auch sie bekämpft nun den IS. Am 30. September greift überraschend Wladimir Putins Russland militärisch in den Syrienkonflikt ein. An der Seite von Diktator Baschar al-Assads Regierungsarmee fliegen russische Kampffjets Angriffe – offiziell gegen die IS-Terroristen, in Wahrheit aber vor allem gegen die vom Westen unterstützten, gemäßigten Anti-Assad-Rebellen.

Bis Ende 2015 verliert der IS 14% seines Territoriums. Er reagiert mit Terroranschlägen in den türkischen Städten Ankara und Istanbul, aber auch in Paris und Brüssel. Das führt zu einem instabilen Schulterchluss der Grossmächte USA, Russland, Frankreich sowie der Regionalmächte Iran und Türkei. Hauptprofiteur ist das Regime Baschar al-Assads, das militärisch Boden gut machen kann und Ende März Palmyra zurückerobert.

Machthaber besetzen bald Schlüsselstellen in Militär, Geheimdienst und Justiz mit ihren Leuten und gehen nach dem Vorbild des autoritären ungarischen Präsidenten Viktor Orban gegen die Medien vor. Die EU und ihr liberaler polnischer Ratspräsident Donald Tusk warnen Polen wegen Verstößen gegen das Demokratieprinzip.

Naher und Mittlerer Osten

Türkei

8. Juni: Dämpfer für den machtbewussten Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Seine islamisch-konservative Regierungspartei AKP verliert bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit. Die Kurdenpartei HDP erreicht auf Anhieb 13% der Stimmen. Erdogans Versuch, ein Präsidialsystem zu errichten, wird ausgebremst. Er sabotiert die Regierungsbildung und setzt Neuwahlen an.

11. Oktober: Bombenanschläge auf kurdische Manifestationen in Ankara kosten vielen Menschen das Leben und vergiften das Wahlkampfklima. Der IS könnte hinter den Attentaten stehen. Der Zorn der Kurden trifft aber das Regime Erdogans, der den Kurdenkonflikt anheizt, um das Wahlergebnis vom 8. Juni zu korrigieren.

1. November: Erdogans Kalkül geht auf: Seine islamistische AK-Partei gewinnt die Parlamentswahlen und kann in der Türkei wieder mit absoluter Mehrheit regieren. Obwohl Erdogan gegen liberale und kurdische Kräfte in seinem Land immer autokratischer agiert, macht er sich als Partner des Westens in der Flüchtlingskrise und im Kampf gegen den IS unabdingbar.

24. November: Die türkische Armee schießt einen russischen Kampfjet ab, der bei einem Einsatz in Syrien türkisches Territorium überfliegt. Es folgt ein missmutiges Geplänkel zwischen den starken Männern Putin und Erdogan. Die Nato steht hinter ihrem Mitgliedland Türkei.

Iran

14. Juli: Durchbruch bei den Verhandlungen der UNO-Vetomächte und Deutschlands um Irans Atomprogramm. Die USA und der Iran einigen sich, die Iraner feiern, Israel warnt, und der US-Kongress ist noch skeptisch.

16. Januar: Die UNO- und EU-Sanktionen gegen den Iran werden aufgehoben. Das Land kehrt auf die Weltbühne zurück und löst eine kleine Goldgräberstimmung aus, weil westliche Firmen wieder mit ihm geschäften können. Der Iran fährt seine Erdölexporte wieder hoch.

Afrika

Ägypten

17. Mai: Der frühere demokratisch gewählte Präsident Mohammed Mursi von den Muslimbrüdern wird zum Tod verurteilt.

31. Oktober: Über der Sinai-Halbinsel stürzt ein russisches Zivilflugzeug ab, 224 Menschen sterben. Es sind Urlauber, die in Sharm el-Sheik am Roten Meer in den Ferien waren. Der Islamische Staat (IS) übernimmt die Verantwortung. Erst Tage nach dem Absturz bestätigt Russland, dass das Flugzeug von einer eingeschmuggelten Bombe zum Absturz gebracht worden ist. Ägyptens Tourismus, eine Haupteinnahmequelle des Landes, ist zum Erliegen gekommen, die Gäste aus dem Westen bleiben aus.

Tunesien

26. Juni: Ein islamistischer Attentäter erschiesst an einem Hotelbadestrand in Sousse 39 Feriengäste, unter ihnen solche aus Europa. Er trifft damit auch den Tourismus, die Haupteinnahmequelle des einzigen einigermaßen liberalen arabischen Landes.

24. November: Bei einem Anschlag auf die tunesische Präsidentengarde werden in Tunis 12 Menschen getötet. Tunesiens Präsident Béji Caïd Essebsi sagt darauf seinen geplanten Staatsbesuch in Bern ab.

Asien

Myanmar (Burma)

11. November: Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi erringt mit ihrer Nationalliga für Demokratie (NLD) die absolute Mehrheit der Sitze bei den Parlamentswahlen in Myanmar. Der schwierige demokratische Umbau der Militärdiktatur beginnt.

China

1. Juli: Crash der Börse in Schanghai. China korrigiert seine Wachstumsprognosen von 7% auf 3% hinunter. Die von der Regierung zum Aktienkauf aufgeforderten Bürger sind die Geschädigten.

24. August: Als Reaktion auf den Schanghai Börsencrash brechen die Börsen international ein. Das Vertrauen in Chinas Führung, die Wirtschaftskrise managen zu können, lässt nach.

Nord- und Südamerika

Ab Oktober breitet sich vor allem in Zentral- und Südamerika das grippeähnliche Zika-Virus aus. Stecken sich schwangere Frauen an, erleiden ihre Kinder Missbildungen. Bis im Februar werden allein in Brasilien 4000 Fälle verzeichnet. Das Virus wird durch Mücken übertragen, man kann sich aber auch durch sexuellen Kontakt infizieren.

USA

2. Juni: Der US-Kongress revidiert die Patriot Act dahingehend, dass nicht mehr der Geheimdienst NSA, sondern die Telefonkonzerne Telefondaten aufbewahren. Der Erfolg ist auch dem Whistleblower Edward Snowden zuzuschreiben.

17. Juni: In der Stadt Charlestown in South Carolina erschießt der 21-jährige Weisse Dylann Roof während eines Gottesdienstes in einer Kirche neun Schwarze, wohl aus rassistischen Motiven. Die folgende Debatte dreht sich nicht

nur um das schwache US-Waffengesetz, sondern auch um die Konföderationsflagge der Südstaaten, die für Schwarze ein Symbol der Sklaverei ist.

30. Juli: Der oberste Gerichtshof der USA beendet letzte republikanische Klagen gegen Präsident Barack Obamas Gesundheitsreform. Am 3. Juli erlaubt der Gerichtshof die Eheschließung von Homosexuellen. Entgegen der These, dass ein US-Präsident in seinen letzten zwei Amtsjahren eine «lame duck» sei, reiht Obama innen- und aussenpolitisch Sieg an Sieg über die blockierten Republikaner.

Ende Juli: Der New Yorker Immobilienmogul und Politclown Donald Trump mischt den Zirkel der republikanischen Präsidentschaftskandidaten auf. Trotz oder dank seinen rechtspopulistischen Auftritten und unkorrekten Attacken gegen Latinos, Muslime und Frauen führt er deren Feld in der Publikumsgunst an.

Ab Anfang Februar lässt Donald Trump bei den Vorwahlen zur US-Präsidentenwahl vom November 2016 in den meisten Bundesstaaten seine republikanischen Konkurrenten Ted Cruz und Marco Rubio hinter sich. Das republikanische Establishment versucht erfolglos, ihn als Kandidaten zu verhindern. Als Trumps demokratische Gegenkandidatin setzt sich die frühere Aussenministerin Hillary Clinton gegen ihren Konkurrenten Bernie Sanders durch. Die Gattin von Ex-Präsident Bill Clinton erscheint vielen Wählern allzu verbandelt mit dem Politestablishment zu sein.

Mexiko

11. Juli: Joaquín «El Chapo» Guzmán, Drogenboss des Sinaloa-Kartells, bricht spektakulär aus dem Hochsicherheitsgefängnis Altiplano aus. Er entkommt durch einen Tunnel, der von seiner für Überwachungskameras nicht einsehbaren Zellendusche aus dem Gefängnis hinaus führte. Die nicht entdeckten Vorbereitungen der Flucht demonstrieren die Machtlosigkeit des Staats und seine Verbandelung mit den Drogenbossen.



Die Vorwahlen zur US-Präsidentenwahl waren überaus spannend: Am Ende stehen sich Donald Trump und Hillary Clinton gegenüber. (Foto Keystone)

8. Januar: Mexikos Polizei verhaftet Drogenboss Guzmán wieder. Auf seine Spur war sie gekommen, weil Guzmán sein Leben in Hollywood verfilmen lassen wollte und dafür Schauspieler Sean Penn für ein Interview im «Rolling Stone» traf.

Kuba

21. März: Barack Obama besucht als erster US-Präsident seit 90 Jahren das sozialistische Kuba. Er wird vom greisen Präsidenten Raul Castro betont kühl empfangen. Die Kubaner wollen das US-Handelsembargo weghaben, Obama geht es auch um Menschenrechte, auf die sich das marode Regime ungern ansprechen lässt.

Brasilien

März: Präsidentin Dilma Rousseff versucht, ihren Mentor und früheren Präsidenten Lula da Silva zum Minister zu machen und so vor der Strafverfolgung zu schützen. Ein Richter erhebt Einspruch. Die Parteispitze der Arbeiterpartei, aber auch andere Politiker, sind in einen Korruptionsskandal um den halbstaatlichen Erdölkonzern Petrobras verwickelt. Das Land, einst Star der Schwellenländer, steckt in einer tiefen Rezession und Verfassungskrise. Tausen-

de gehen in Brasiliens Städten auf die Strasse, das Parlament diskutiert die Amtsenthebung Rousseffs.

Venezuela

7. Dezember: Die bürgerliche Opposition erobert vor dem Hintergrund der schweren Wirtschaftskrise im Erdölstaat bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit und beendet die Dominanz der Chavez-Sozialisten unter dem noch amtierenden Präsidenten Nicolás Maduro.

Sport

27. Mai: In Zürichs Nobelhotel Baur Au Lac werden auf Betreiben der US-Justizbehörde hohe Funktionäre des Weltfußballverbands Fifa wegen Bestechungsverdacht und Korruptionsvorwürfen durch die Schweizer Behörden festgenommen. Untersucht werden insbesondere Geldflüsse bei der Vergabe der Fußball-WM 2018 an Russland und 2022 an Katar. Weltweit begrüßen Fifa-Kritiker die Aktion, es gibt aber auch Kritik am eigenmächtigen Vorgehen der USA. Auch die Schweizer Bundesanwaltschaft eröffnet ein Verfahren. Zwei Tage später lässt sich der Walliser Joseph Blat-

ter (80) vorerst unbeeindruckt von den Delegierten in Zürich als Fifa-Präsident wiedewählen. Am 2. Juni kündigt Blatter unter Druck dann doch seinen Rücktritt auf März 2016 an, falls ein ausserordentlicher Fifa-Kongress einen Nachfolger bestimmt.

4. Juni: Erst im Halbfinal scheidet die 25-jährige Lausannerin Timea Bacsinszky nach einem tollen Höhenflug am French-Open-Tennisturnier in Paris. Sie verliert gegen die nachmalige Siegerin Serena Williams aus den USA.

7. Juni: Der phantastisch aufspielende Lausanner Tennisspieler Stan Wawrinka gewinnt das French Open in Paris und damit den zweiten Grand-Slam-Titel seiner Karriere. Er schlägt im Final die Weltnummer 1, Novak Djokovic, in vier Sätzen. Vorher hat er auch Roger Federer ausgeschaltet. Wawrinka ist neu die Nummer 4 der Welt.

6. August: Der Berner Fussballclub BSC Young Boys entlässt seinen Trainer Uli Forte nach verpatztem Saisonstart. Als Nachfolger wird

am 3. September der Österreicher Adi Hütter vorgestellt, der vorher Red Bull Salzburg trainiert hat. Hütter beginnt mit einer Siegesserie und tollem Offensivfussball, YB kann aber Leader Basel nicht bedrängen.

16. August: Die erst 18-jährige Schweizer Tennisspielerin Belinda Bencic gewinnt sensationell das Turnier von Toronto. Sie schlägt dabei Top-Ten-Spielerinnen, darunter die Nummer 1 der Welt, Serena Williams.

25. September: Die Untersuchungen gegen die Fifa erreichen deren Noch-Präsidenten Sepp Blatter. Gegen ihn und Uefa-Chef Michel Platini eröffnet die Schweizer Bundesanwaltschaft wegen einer ominösen 2-Millionen-Franken-Zahlung von 2011 ein Strafverfahren. Die Fifa-Ethikkommission suspendiert Blatter und Platini am 8. Oktober von ihren Ämtern.

9. Oktober: Nach einem 7:0 gegen San Marino und dank der Niederlage des direkten Konkurrenten Slowenien qualifiziert sich die Schweizer Fussballnationalmannschaft vorzeitig für die Euro 2016 in Frankreich.



Wahl von Gianni Infantino zum neuen Präsidenten der arg gebeutelten FIFA (Foto Keystone)

9. November: Die Welt-Anti-Doping-Agentur Wada prangert in einem mehr als 300-seitigen Report das Doping- und Korruptionssystem in der russischen Leichtathletik an. Am 13. November wird der russische Verband vom internationalen Leichtathletikverband suspendiert.

26. Februar: Der 45-jährige Fussballfunktionär Gianni Infantino, wieder ein Walliser wie sein Vorgänger Sepp Blatter, wird zum neuen Fifa-Präsidenten gewählt. Er gilt zwar als am ehesten ge-

eigneter Kandidat, die Enthüllungen der Panama Papers nähren aber auch den Korruptionsverdacht gegen Infantino.

13. März: Lara Gut gewinnt nach einer tollen Saison mit vielen Siegen als erste Schweizer Skifahrerin seit 21 Jahren den Gesamtweltcup. Sie profitiert auch vom verletzungsbedingten Ausfall ihrer Konkurrentin Lindsey Vonn.

12. April: Der Eishockeyclub SC Bern holt nach einem sensationellen Durchmarsch in den Playoffs seinen 14. Schweizer Eishockeytitel durch einen 4:1-Finalsieg gegen den HC Lugano. Die Truppe von Interimstrainer Lars Leuenberger hat sich nach einer verkorksten Saison mit Ach und Krach als achttes und letztes Team für die Playoffs qualifiziert. Dann aber werfen die wieder erstarkten Berner mit 4:0-Siegen den Qualifikationssieger ZSC Lions und anschliessend im Halbfinal mit 4:1-Siegen den amtierenden Schweizer Meister HC Davos aus dem Rennen. Mitten im Höhenflug kommuniziert die Clubleitung, dass Leuenberger in der kommenden Saison nicht mehr SCB-Trainer sein wird. Sein Nachfolger wird der frühere finnische Nationaltrainer Kari Jalonen.

30. April: Der FC Basel wird vorzeitig zum siebten aufeinanderfolgenden Mal Schweizer Fussballmeister. Keinem Club ist das vorher gelungen.

Was sonst noch geschah

30. Mai: Das Solarflugzeug «Solar Impulse» von Pilot und Unternehmer Bertrand Piccard setzt seine in Abu Dhabi begonnene Weltumfliegung vom chinesischen Nanjing aus fort. Am 4. Juli landet das Flugzeug nach einem Weltrekordflug von Japan aus in Hawaii. Dort muss es wegen beschädigter Batterien mehrere Monate am Boden bleiben. Am 22. April nimmt Solar Impulse seine Reise wieder auf und erreicht von Hawaii aus das Silicon Valley in Kalifornien.



Sensationeller Durchmarsch des SCB durch die Playoffs (Foto Urs Baumann)

20. Juli: Hacker dringen ausgerechnet in die auf Diskretion angewiesene Seitensprung-Homepage Ashley Madison des kanadischen Internetkonzerns ALM ein und publizieren Millionen von Daten treuloser Nutzer.

30. Juli: Auf der französischen Insel La Réunion im indischen Ozean wird ein Wrackteil eines Flugzeugs angeschwemmt. Abklärungen ergeben, dass es von einer Boeing 777 ist. Das einzig vermisste Flugzeug dieser Art ist die MH370 der Malaysian Airways, die im März 2014 auf dem Flug von Kuala Lumpur nach Peking im Indischen Ozean mysteriös verschwand.

11. August: Der Schweizer Nationalzirkus Knie gibt bekannt, dass er ab nächster Saison auf Elefantennummern verzichtet. In der ganzen Schweiz werden die Knie-Gastspiele zur Elefanten-Abschiedstour.

13. September: Am Volksmusikfest in Aarau präsentiert die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft eine aus einem Casting hervorgegangene, neue Nationalhymne der Schweiz. Das Parlament wird der Abschaffung des alten Schweizerpsalms aber kaum zustimmen.